

## **Die „Hochschulfront ist eine Kampffront“<sup>1</sup>**

### **Die SED-Parteioorganisationen an den Universitäten und Hochschulen in der SBZ/DDR 1946–1961**

Ilko-Sascha Kowalczyk

Eine Grundfrage nach 1945 stellte im gesamten Nachkriegsdeutschland der Umgang mit den alten Eliten und Funktionsträgern dar.

Das Problem verschärfte sich in der SBZ noch dadurch, daß von Anfang an die sowjetische Besatzungsmacht und ihre deutschen Helfer strategisch und taktisch darauf orientiert waren, ein neues Gesellschaftsmodell zu errichten, das an die Sowjetunion angelehnt und den politischen Folgerungen aus der marxistisch-leninistischen Dogmenlehre verpflichtet war. Dieses als mittelfristig in den Blick genommene Ziel implizierte eine soziale und politische Revolutionierung. Dazu zählten die Ausbildung und Heranbildung neuer Führungskräfte für Wirtschaft, Politik und Gesellschaft.

Allgemein gingen die Kommunisten nach 1945 davon aus, daß die Intelligenz als „soziale Schicht“ bislang in der deutschen Geschichte den Interessen des Kapitals und der kapitalistischen Herrschaftselite verpflichtet gewesen sei, so daß sie für die neuen Aufgaben – entsprechend den sowjetischen Erfahrungen – nur bedingt brauchbar sei. Deshalb käme es darauf an, Mittel und Wege zu finden, um einerseits eine neue Intelligenz heranzubilden und andererseits die alte Intelligenz, wenn möglich, „zu nutzen“ oder, wenn nicht möglich, auszuschalten. Das Hauptziel bestand darin, eine „sozialistische Intelligenz“ heranzubilden.

Um dieses Ziel zu erreichen, reformierten die Kommunisten in der SBZ/DDR das gesamte Hochschulwesen einschneidend. Dazu zählten u. a.: die Nutzbarmachung der Entnazifizierung für eine weitergehende Säuberung des Lehrkörpers; die Veränderung der rechtlichen Rahmenbedingungen; die Gründung neuer Hochschulen (Ideologie-„Hochschulen“, Spezialhochschulen), die Implantierung neuer Struktureinheiten an den bestehenden Universitäten (Arbeiter- und Bauern-Fakultäten (ABF), Gesellschaftswissenschaftliche und Pädagogische Fakultäten); die Veränderung des gesamten Studienablaufs und die Einführung obligatorischer Politischulungen (gesellschaftswissenschaftliches Grundstudium, Russisch-Unterricht); die Schließung von nichtgenehmen oder -erforderlichen Instituten und die Neueröffnung als notwendig erachteter Institute. Daneben wurden die Zulassungsbedingungen für Studierende entscheidend verändert, um vor allem Frauen und Männer aus bisher benachteiligten sozialen Schichten zuzulassen. Dies gelang allerdings nur bis etwa Ende der fünfziger, Anfang der sechziger Jahre, ehe dann wieder eine Selbstrekrutierung der Intelligenz einsetzte. Ebenso gelang es nicht, die Geschlechterzusammensetzung innerhalb der Studentenschaft oder gar in der Hochschullehrerschaft zu verändern. Ihre Hochschulpolitik und ihre gesellschaftspolitischen Ziele versuchte die SED sowohl mittels „Zuckerbrot“ als auch mit der „Peitsche“ durchzusetzen. Die Intelligenz in der DDR einschließlich der Studenten konnte eine gravierende soziale Besserstellung gegenüber den anderen Bevölkerungsteilen nutzen. Die Gehälter, die teilweise ins Exorbitante stiegen,

---

<sup>1</sup> Anton Ackermann auf der 4. Sitzung des Hochschulausschusses beim SED-Parteivorstand am 8. Februar 1948 (Protokoll der 4. Tagung des Zentralen Hochschulausschusses der SED, 7./8. Februar 1948. Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv (SAPMO B-Arch), DY 30, IV 2/904/6, Bl. 520).

die Sozialleistungen, die Wohn- und allgemeinen Lebensverhältnisse bis hin zu den Urlaubsmöglichkeiten versüßten der Intelligenz bis zum Mauerbau das Leben in der DDR. Zugleich sollte sie dadurch kompromittiert und zum Dienst am Kommunismus ermuntert werden. Um diese Ziele zu erreichen, wurde der gesamte Hochschulalltag einem rigiden Ideologisierungsprozeß unterworfen, dessen krasseste Form die Militarisierung der Hochschulen darstellte.

Gegen diese Anmaßungen wehrten sich stets Hochschullehrer und Studenten. Der Protest reichte von gesellschaftlicher Verweigerung über soziales Aufbegehren bis hin zu tausendfachem politischem Widerstand und gelegentlichen Massenprotesten.<sup>2</sup> Hinzu kam die massenhafte Abwanderung nach Westdeutschland. Allein zwischen 1949 und 1961 flüchteten etwa 15.000 Studenten, 2.500 Hochschullehrer und wissenschaftliche Assistenten, 40.000 Lehrer, 6.000 Ärzte, Zahnärzte und Veterinäre und mehrere zehntausend andere Angehörige der Intelligenz, zumeist der technischen Intelligenz, aus der DDR. Außerdem verließen etwa fünf bis zehn Prozent der Abiturienten eines jeweiligen Jahrganges die DDR.

Die Hochschulpolitik ist im wesentlichen von drei Handlungsträgern bestimmt worden. Zu nennen sind erstens die sowjetische Besatzungsmacht, zweitens die SED-Politbürokratie und drittens zentrale Vollzugsorgane, die Zentralverwaltungen bzw. ab 1949 die Ministerien und staatlichen Organe. Die Entscheidungsprozesse in der SBZ/DDR verliefen nicht so linear, wie es der Staats- und Parteaufbau nahelegt. Denn zu den drei maßgebenden Handlungsträgern kamen im konkreten Fall jeweils untergeordnete Strukturen und Institutionen hinzu, wobei auch der Einfluß einzelner Persönlichkeiten unabhängig von ihrer Funktionärsposition nicht ohne Wirkung blieb.

Faktisch hat die SED von Anfang an alle hochschulpolitischen Fäden gebündelt. Selbst in Personalfragen war der zentrale SED-Apparat die letztlich entscheidende Instanz. So wandte sich am 11. Juni 1951 der eigentlich zuständige Staatssekretär Gerhard Harig an Kurt Hager mit dem Wunsch bezüglich eines Greifswalder Professors: „Bitte Sorge für seine beschleunigte Absetzung als Institutsdirektor.“<sup>3</sup> Die SED wirkte nicht über eine einzige, sondern über verschieden gelagerte Strukturen. Denn sobald staatliche Funktionsträger – also etwa der Präsident der Deutschen Verwaltung für Volksbildung, der Staatssekretär, ein Minister, ein Abteilungsleiter oder auch ein Kraftfahrer – Mitglied dieser Partei waren, hatte die SED entsprechend ihrem leninistischen Selbstverständnis und dem Parteistatut erhebliche Einwirkungsmöglichkeiten, ohne daß diese sofort sichtbar werden mußten. In einer jüngeren Publikation räumte Günter Benser, einer der wichtigsten SED-Parteihistoriker vor 1989, ein: „Die Mitglieder der SED verstanden ihre Arbeit im Staatsapparat als Parteauftrag und fühlten sich verpflichtet, die Parteibeschlüsse konsequent durchzuführen.“<sup>4</sup> Dies ist nicht nur eine nachträgliche Einschätzung. Bereits 1948 ist gefordert worden, daß die Hochschulpolitik allein von der SED bestimmt werden müsse. Auf einer SED-Hochschulkonferenz im Herbst 1953 stellte ein Vertreter des Staatssekretariats für Hochschulwesen dieses Selbstverständnis bereits als Selbstverständlichkeit heraus:

---

<sup>2</sup> Vgl. ausführlich dazu und zum vorstehenden: Kowalczyk, Ilko-Sascha: Geist im Dienste der Macht. Hochschulpolitik in der SBZ/DDR 1945 bis 1961, erscheint im März 2003 im Ch. Links Verlag Berlin. Dort findet sich auch die gesamte relevante Literatur.

<sup>3</sup> Gerhard Harig an Kurt Hager, 11. Juni 1951. BAP, R 3, 210, Bl. 13.

<sup>4</sup> Benser, Günter: DDR – gedenkt ihrer mit Nachsicht. Berlin 2000, S. 97.

„Die Partei verwirklicht ihre führende Rolle im Staatsapparat mit Hilfe der in diesem tätigen Genossen.“<sup>5</sup>

Im zentralen Parteiapparat der SED lag bis zum Juni 1950 die Verantwortung für Wissenschaft und Hochschulen bei den Abteilungen „Schulung“ und „Kultur und Erziehung“, für deren Anleitung die Mitglieder des SED-Parteivorstandes Anton Ackermann und Otto Meier zuständig waren. Die Abteilung „Kultur und Erziehung“ untergliederte sich in neun Referate, davon eines für das Hochschulwesen. Diese Abteilung hatte außerdem die Aufgabe, „Verbindungen“ zur Intelligenz herzustellen. Es existierte zwar im zentralen Parteiapparat eine Reihe von Einrichtungen, die sich mit Aspekten der Hochschul-, Wissenschafts- und Intelligenzproblematik beschäftigten, aber deren Arbeit effektivierte sich erst in dem Maße, in dem es auch zur Herausbildung einer zielgerichteten und komplexen Hochschulpolitik kam. Vorläufer einer solchen Hochschulpolitik sind zwar bereits seit 1945 und verstärkt seit 1948 feststellbar, aber zu einer systematischen Ausarbeitung ist es erst ab 1950 gekommen. Das hatte zumindest personell auch damit zu tun, daß Fred Oelßner ab 1949 (bis 1955) im Parteivorstand sowohl für Wissenschaft/Propaganda<sup>6</sup> als auch für Wirtschaft zuständig war. Deshalb kam eine engere Verbindung von Wissenschaft/Hochschulwesen und Wirtschaft zustande, wie sie die SED-Führung schon seit 1948 mit dem ersten Zweijahrplan anstrebte.

Gleichzeitig erfuhr die Abteilung Kultur und Erziehung eine Kompetenzerweiterung. Am 10. März 1950 faßte das Sekretariat des ZK den Beschluß, daß diese Abteilung ab sofort unter Umgehung der Landes- und Kreisverbände direkte Anweisungen an die SED-Betriebsgruppen der Universitäten und Hochschulen erteilen könnte.<sup>7</sup> Im Juni 1950 legte der Parteivorstand Strukturveränderungen im zentralen Parteiapparat fest, in deren Folge die Abteilung Kultur gebildet wurde. Diese aus fünf Sektoren bestehende Abteilung war zuständig für „Wissenschaft und Hochschulen“. Nach der II. Parteikonferenz im Sommer 1952, die den „planmäßigen Aufbau des Sozialismus“ verkündete, erfolgte Ende des Jahres abermals eine Reorganisation und Neugliederung des gesamten Parteiapparates. Am 11. Dezember 1952 stimmte das Sekretariat des ZK dem Strukturplan der neuen Abteilung „Wissenschaft und Hochschulen“ zu.<sup>8</sup> Die Abteilung leitete Kurt Hager, ab 1. November 1953 fungierte als dessen Stellvertreter Hannes Hörnig. Laut Stellenplan verfügte die Abteilung über 43 Mitarbeiterstellen zuzüglich sieben Sekretärinnen.<sup>9</sup> Der größte Sektor war der für Gesellschaftswissenschaften mit 12 Mitarbeitern.

„Die Hauptaufgabe der Abteilung Wissenschaft und Hochschulen besteht in der Durchführung und Kontrolle der Beschlüsse der Partei über Wissenschaft und Hochschulen, in der ideologisch-politischen Anleitung der wissenschaftlichen Arbeit und in der Entwicklung der wissenschaftlichen Kader mit dem Ziel der Durchsetzung des Marxismus-Leninismus und der Ergebnisse der Sowjetwissenschaft auf allen Gebieten der Wissenschaft.“<sup>10</sup> Die Abteilung hatte aber nicht nur die Beschlüsse der SED durchzusetzen bzw. deren Durchsetzung zu kontrollieren, sondern sie war hauptverantwortlich dafür, diese Beschlüsse zu-

---

<sup>5</sup> Protokoll der Hochschulkonferenz der Abteilung Wissenschaft und Hochschulen beim ZK der SED am 31. Oktober/1. November 1953 in Leipzig. SAPMO B-Arch, DY 30, IV 2/904/8, Bl. 240.

<sup>6</sup> Damit war er auch zuständig für die Hochschularbeit.

<sup>7</sup> Protokoll Nr. 91 der Sitzung des Sekretariats des ZK am 10. März 1950. Ebenda, I IV 2/3/91, Bl. 3.

<sup>8</sup> Protokoll Nr. 218/52 der Sitzung des Sekretariats des ZK am 11. Dezember 1952. Ebenda, I IV 2/3/347, Bl. 1.

<sup>9</sup> Strukturplan der Abteilung Wissenschaft und Hochschulen des ZK der SED. Anlage Nr. 10 zum Protokoll Nr. 218/52 der Sitzung des Sekretariats des ZK am 11. Dezember 1952. Ebenda, Bl. 45.

<sup>10</sup> Ebenda, Bl. 36.

nächst auszuarbeiten. Ihr unterstanden de facto das Staatssekretariat für Hochschulwesen, aber auch die Akademien, das Museum für Deutsche Geschichte und die sechs Universitäten der DDR. Zwar war sie gegenüber den dortigen Verantwortlichen nicht direkt weisungsberechtigt, sehr wohl aber gegenüber den dortigen Genossen. Obwohl die fachwissenschaftliche Anleitung für die Spezialhochschulen bei den Fachabteilungen des ZK lag, übte die von Hager geführte Abteilung die Oberhoheit über das gesamte Wissenschafts- und Hochschulsystem der DDR aus. Die Parteistrukturen waren ähnlich ausgebildet wie die staatlichen. Insofern wäre es durchaus berechtigt, von einer Doppelstruktur zu sprechen. Dem steht allerdings entgegen, daß die Machtbefugnis der ZK-Abteilung der des Staatssekretariats für Hochschulwesen weit überlegen war und die ZK-Abteilung gegenüber dem Staatssekretariat für Hochschulwesen direkt und indirekt weisungsberechtigt war. Zumindest theoretisch zeigte sich hier, daß die Partei über dem Staat stand bzw. von der Sache her präziser, die Partei den Staat verkörperte. Gleichwohl war das Staatssekretariat für Hochschulwesen keine Alibieinrichtung, sondern eine partiell mit eigenen Interessen handelnde Institution. Diese konnte sie allerdings nicht gegenüber dem übermächtigen Parteiapparat durchsetzen.

Am 30. März 1955 verabschiedete die SED-Führung eine neue Struktur der Abteilung Wissenschaft und Propaganda.<sup>11</sup> Der Sinn dieser neuen Struktur ist nicht klar ersichtlich. Ob dahinter mehr als ideologisch-politische Gründe standen, ist aus den Unterlagen nicht verifizierbar. Mit Blick auf den allgemeinen politischen Hintergrund und die gesellschaftlichen Entwicklungen ist zu vermuten, daß die neue Struktur der intensivierten Ideologisierung dienen sollte. Die Abteilung war fortan in zehn Sektoren untergliedert sowie in drei Stellvertreterbereiche für Gesellschaftswissenschaften (Ernst Diehl), Propaganda (ab 1956 Otto Reinhold) und Naturwissenschaften (ab 1956 Werner Hering). Da Kurt Hager im April 1955 zum Sekretär des Zentralkomitees gewählt wurde, übernahm als Leiter der neuen Abteilung Hannes Hörnig die Führung, die er bis 1989 innehatte. Kurt Hager war im ZK-Sekretariat ebenfalls bis 1989 u. a. für die Bereiche Wissenschaften, Kultur, Hochschulen und Propaganda zuständig, d. h., er trug die Hauptverantwortung für die Wissenschafts- und Hochschulpolitik in der DDR mindestens ab 1955, frühestens ab 1952. Die Sektoren wiesen eine Dominanz ideologischer Zielsetzungen auf. Die Abteilung war auf 97 Planstellen angewachsen. Der Sektor Erziehung, Ausbildung und Verteilung der wissenschaftlichen Kader unter Leitung von Hermann Tschersich stellte eine Querschnittsabteilung mit übergreifenden Kompetenzen dar. Sie war zuständig für die Zulassung zum Studium und für die Absolventenlenkung, für das Auslandsstudium, für die sechs Universitäten, die TH Dresden und die ABF. Der Sektor „ist besonders verantwortlich für die Arbeit mit den Wissenschaftlern und Universitäten und Hochschulen, für die Ausbildung der Aspiranten und die Erziehung der Studenten. [...] Der Sektor ist verantwortlich für die Anleitung und Kontrolle des Staatssekretariats für Hochschulwesen und die Koordinierung der Arbeit der Fachabteilungen des ZK in Hochschulfragen.“<sup>12</sup>

Insgesamt erwies sich diese große Abteilung als zu schwerfällig und wenig flexibel. Deshalb ist sie bereits mit Beschluß vom 20. Juni 1956 erneut umstrukturiert worden. Die Abteilung untergliederte sich fortan in eine Arbeitsgruppe für Propaganda und eine für Wissenschaft. Die für Wissenschaft leitete Hannes Hörnig, als dessen Stellvertreter fungierten Ernst Diehl und Werner Hering. Sie setzte sich aus acht Sektoren zusammen. Der bisheri-

---

<sup>11</sup> Protokoll Nr. 15/55 der Sitzung des Sekretariats des ZK am 30. März 1955. Ebenda, I IV 2/3/464, Bl. 88–97.

<sup>12</sup> Struktur- und Arbeitseinteilungsplan der Abteilung Wissenschaft und Propaganda, 21. März 1955. Ebenda, IV 2/904/18, Bl. 24.

ge Sektor Erziehung, Ausbildung und Verteilung der wissenschaftlichen Kader verlor seinen umständlichen Namen und hieß fortan „Universitäten und Hochschulen“ (Leiter: Helmut Frommknecht). Das Aufgabenfeld blieb unverändert, auch als im Februar 1957 die Riesenabteilung Wissenschaft und Propaganda aufgelöst und eine neue Abteilung Wissenschaft gebildet wurde. Deren Aufbau war übersichtlicher als der bisherige. Die Mitarbeiterzahl blieb mit ungefähr 100 über mehrere Jahre konstant. Auch das Aufgabenfeld war trotz der mehrmaligen Strukturveränderungen, denen im Oktober 1961 bereits die nächste folgte, identisch.

Das SED-Politbüro und der umfangreiche bürokratische Apparat des ZK bildeten das eigentliche Macht- und Entscheidungszentrum der DDR. Die einzelnen ZK-Abteilungen verfügten über eine beachtliche Machtfülle. Da die obersten staatlichen Behörden weitgehend von SED-Mitgliedern geleitet wurden, kam es aufgrund der ausgeübten Parteidisziplin nur in Ausnahmefällen zu Interessenkonflikten. Allerdings machten sich in den fünfziger Jahren häufig Reibungspunkte zwischen dem Staatssekretariat für Hochschulwesen und dem ZK-Apparat bemerkbar. Dem Staatssekretariat wurde immer wieder vorgeworfen, es würde die führende Rolle der Partei nicht genügend beachten. Und im SED-Apparat selbst wurde der zuständigen Abteilung bezüglich des Staatssekretariats für Hochschulwesen vorgehalten, es würde nicht genügend kontrolliert, nicht genügend angewiesen und nicht genügend erzogen.

Die wichtigste Neuerung bestand jedoch zweifellos darin, daß die SED an den Universitäten eine Doppelstruktur einführte, die neben der Mischung aus staatlichen und universitären Selbstverwaltungsstrukturen eine Parteistruktur beinhaltete, so daß die SED die alleinige Entscheidungskompetenz übernahm. Das war die eigentliche Revolution an den Universitäten. Dem Selbstverständnis der SED entsprechend war das nötig, um die Universitäten und Hochschulen zu Ausbildungsstätten der sozialistischen Intelligenz umzufunktionieren.

Auf der zentralen wie auf den Landesebenen dauerte der Prozeß der organisatorischen Etablierung von arbeitsfähigen Parteistrukturen für das Hochschulwesen einige Jahre ebenso wie in den Universitäten und Hochschulen selbst. Dies hing vor allem damit zusammen, daß die SED-Funktionäre kaum über Erfahrungen in der Partearbeit im Hochschulwesen verfügten, was den Funktionären im SED-Parteivorstand durchaus bewußt war. Es lag deshalb nahe, die Partearbeit zunächst wie in den Betrieben zu organisieren.<sup>13</sup> Ab 1950/51 ging die SED dann dazu über, die Partearbeit an den Hochschulen nicht nur neu zu organisieren, sondern Neuerungen einzuführen, die die Parteiorganisationen an den Hochschulen von Parteiorganisationen etwa in den Betrieben unterschied. Dieser Differenzierungsprozeß galt dabei nicht nur den Hochschulen, sondern auch bestimmten Großbetrieben oder später den Militär- und Sicherheitsapparaten.

Am 14. August 1947 beschloß das SED-Zentralsekretariat die Bildung von Hochschulgruppen der SED. Diese SED-Betriebsgruppen unterstanden „in organisatorischer wie po-

---

<sup>13</sup> Zur Organisation und den Betriebsgruppen der KPD vor 1933 vgl. Winkler, Heinrich August: *Der Schein der Normalität. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1924 bis 1930*. 2. vollst. durchges. u. korrig. Aufl., Berlin, Bonn 1988, S. 449–455; zu den SED-Betriebsgruppen vgl. Reichel, Thomas: „Feste Burgen der Partei“? Aufbau und Rolle der SED-Betriebsgruppen in der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) 1946–1949, in: *IWK* 36 (2000) 1, S. 62–99; für das organisatorische Verständnis außerdem aufschlußreich: Kubina, Michael: „In einer solchen Form, die nicht erkennen läßt, worum es sich handelt ...“. Zu den Anfängen der parteieigenen Geheim- und Sicherheitsapparate der KPD/SED nach dem Zweiten Weltkrieg, in: *IWK* 32 (1996) 3, S. 340–374; Wilke, Manfred (Hrsg.): *Anatomie der Parteizentrale. Die KPD/SED auf dem Weg zur Macht*. Berlin 1998.

litischer Beziehung dem Kreisvorstand“, wobei eine direkte Verbindung zum Landesvorstand bestehen blieb. Dem Beschluß zufolge bestand die Hauptaufgabe der Betriebsgruppen, die in der „Verstärkung der politischen Arbeit, insbesondere der Schulungs- und Erziehungsarbeit unter der Studentenschaft, dem Lehrkörper und dem Verwaltungspersonal“. Um dies zu gewährleisten, beschloß die SED-Führung eine wichtige Neuerung: „In den Städten Berlin, Dresden, Leipzig, Halle, Jena, Rostock und Greifswald wird je ein Sekretär der Betriebsgruppen der SED an den Hochschulen angestellt.“<sup>14</sup> Damit arbeitete an den Universitäten und der TH Dresden ein politischer Funktionär der SED, der zwar sein Salär aus den Finanzmitteln der SED bezog, zugleich aber in immer höherem Maße Mitwirkungs- und Mitbestimmungsrechte an den Hochschulen erhielt, so daß die SED und ihr jeweiliger Sekretär Entscheidungsbefugnisse übernahmen. Das Neue bestand zwar in der Ernennung von hauptamtlichen SED-Sekretären an den Hochschulorten, aber zugleich erweckt dieser Beschluß den Eindruck, als hätte es bis zu diesem Zeitpunkt an den Hochschulen keine SED-Betriebsgruppen gegeben. Tatsächlich aber hatten sich mit der Wiedereröffnung der Universitäten, zum Teil sogar noch davor, überall Hochschulgruppen der KPD/SED, aber auch der CDU, LDP und in Berlin der SPD konstituiert.

Auf einer im November 1946 abgehaltenen Sitzung der SED-Betriebsgruppenleiter aller sechs Universitäten kristallisierte sich heraus, daß zwar an allen Universitäten Betriebsgruppen existierten, die Anbindung dieser Betriebsgruppen strukturell aber noch unterschiedlich war. Während Berlin und Halle den Landes- bzw. Provinzialvorständen der SED direkt unterstanden, waren die anderen vier Gruppen den jeweiligen Kreisvorständen untergeordnet. Der Beschluß vom 14. August 1947 vereinheitlichte die Struktur und bestimmte entgegen dem einmütigen Willen der Betriebsgruppen deren Unterstellung unter die Kreisvorstände statt wie vorgeschlagen unter die Landesvorstände.<sup>15</sup> Mit dieser Regelung sollte verhindert werden, daß sich die Universitätsbetriebsgruppen „mehr als unbedingt notwendig von anderen Betriebsgruppen“<sup>16</sup> unterschieden.

Wie sehr in den ersten Jahren Unklarheit über den Organisationsaufbau der Partei an den Universitäten herrschte, wird daraus ersichtlich, daß zum einen an den Universitäten verschiedene Strukturmodelle existierten. So forderten zwar die Funktionäre aus den Universitäten, die Betriebsgruppen generell in Dozentengruppen, Studentengruppen und Verwaltungsgruppen zu untergliedern,<sup>17</sup> tatsächlich aber existierten an den Universitäten unterschiedliche Strukturmodelle (etwa nach Fakultäten oder nach Ständen), die erst allmählich vereinheitlicht werden konnten. Zum anderen existierten in den Jahren bis etwa 1948 unklare Vorstellungen über die Rolle der SED an den Universitäten. Die Funktionäre und Parteimitglieder an den Hochschulen sahen ihr politisches Wirken vielfach bereits in dieser Zeit als staatsamtliches, weshalb sie versuchten, sich in alle universitätsinternen Fragen einzuschalten. Dies führte vielfach zu staatlichen Protesten, weshalb die SED-Führung in ihrem Beschluß vom August 1947 bestimmte, daß nicht die SED-Gruppen, sondern die staatliche Verwaltung für Berufungsfragen, Satzungsfragen .u. ä. zuständig sei. Gleichwohl war dies eine taktische Vorsichtsmaßnahme, um ihre zum Teil übereifrigen Mitglieder in ihrem Tatendrang zu bremsen. Denn bereits in dieser frühen Phase

---

<sup>14</sup> Protokoll Nr. 128 der Sitzung des Zentralsekretariats vom 14. August 1947. SAPMO B-Arch, DY 30, IV 2/2.1/116, Bl. 1.

<sup>15</sup> Dies wurde mehrmals zum Ausdruck gebracht, z. B. in der Entschließung der ersten Arbeitstagung der Funktionäre der Universitätsbetriebsgruppen vom 14./15. Februar 1947 (ebenda, IV 2/904/6, Bl. 18).

<sup>16</sup> Protokoll der Hochschultagung vom 14. Juni 1947. Ebenda, Bl. 54.

<sup>17</sup> Ebenda, Bl. 17.

übermittelte die SED-Führung der Deutschen Verwaltung für Volksbildung Anordnungen und Anweisungen. Für diese wie für alle anderen Organisationen galt: „Die Genossen, die in den einzelnen Organisationen vertreten sind, sind dort als Beauftragte der Partei“<sup>18</sup> tätig. Der Beschluß der SED-Führung vom 14. August 1947 ist nur zögerlich umgesetzt worden. Auf der Sitzung des Hochschulausschusses im November 1947 mußte Alfons Kauffeldt berichten, daß bislang nur in Leipzig ein hauptamtlicher Sekretär tätig sei. Ihm rief man noch zu, daß auch in Jena mittlerweile einer arbeite, aber immerhin waren in den fünf anderen Städten mehrere Monate nach dem Beschluß keine Hochschulsekretäre tätig.<sup>19</sup> Außerdem beklagten Funktionäre häufig, daß die Betriebsgruppen isoliert und teilweise sektiererisch arbeiteten und daß in der SED überwiegend nominelle Mitglieder seien, die sich aufgrund ihrer Mitgliedschaft Vorteile erhofften. Schließlich gab der ideologische Zustand der Betriebsgruppen und ihrer einzelnen Mitglieder Anlaß zur Sorge, da sie zu wenig leninistisch geschult seien. „Die Betriebsgruppe ist die Parteieinheit an der Produktionsstätte“,<sup>20</sup> hatte Anton Ackermann erinnernd angemahnt, aber als solche war sie an den Universitäten nach Auffassung der Funktionäre trotz einiger Fortschritte in organisatorischen Fragen noch zu wenig schlagkräftig.

Aufgrund dieser Situation verabschiedete am 6. Februar 1948 das SED-Zentralsekretariat eine Resolution über Hochschulfragen.<sup>21</sup> Die desolote Lage der SED an den Hochschulen sei zustande gekommen, weil „keine systematische Anleitung der Hochschulbetriebsgruppen durch die Kreis- und Landesleitungen der Partei“<sup>22</sup> erfolgt sei. Es müsse deshalb strikt darauf geachtet werden, daß an den Hochschulen die Betriebsgruppen entsprechend dem Statut strukturiert seien. Das hieß, daß fortan die Gesamtbetriebsgruppe nach Fakultätsgruppen unterteilt und Studenten und Hochschullehrer gemeinsam organisatorisch in einer Gruppe erfaßt wurden.

Kurz nach der Tagung des Zentralsekretariats tagte der Hochschulausschuß, der sich ebenfalls mit den Betriebsgruppen beschäftigte. Herbert Busse, Vertreter des Zentralsekretariats, kam nicht umhin, den organisatorischen Zustand der Betriebsgruppen „als skandalös“<sup>23</sup> zu bezeichnen. Er kritisierte, daß nur wenige Parteimitglieder aktiv seien. Busse erteilte Versuchen eine Absage, die Betriebsgruppen anders als im Statut vorgesehen zu strukturieren. Die bisherigen Mängel hätten sich aus der Teilung in Studenten- und Dozentengruppen ergeben. „Die eigentlichen Aufgaben der Betriebsgruppen werden in den Fakultätsgruppen zu erledigen sein.“<sup>24</sup>

Den Genossen aus dem zentralen SED-Apparat wurde von den örtlichen Funktionären entgegengehalten, die bisherige „katastrophale“ Arbeit sei darauf zurückzuführen, daß die örtliche Hochschulparteiarbeit von der Parteizentrale und der Deutschen Verwaltung für Volksbildung kaum unterstützt werde. Man könne für die eigenen Unzulänglichkeiten nicht „überall und immer reaktionäre Kräfte“ verantwortlich machen. Ebenfalls sei zu berücksichtigen, daß es innerhalb der Parteiorganisationen bis in die Zentrale hinein eine

---

<sup>18</sup> Bericht über die Studententagung in Halle am 23.3.1947. Ebenda, IV 2/904/456, Bl. 17.

<sup>19</sup> Stenographische Niederschrift über die Konferenz von Angehörigen der Hochschulen, 22./23. November 1947. Ebenda, IV 2/904/6, Bl. 204.

<sup>20</sup> Ebenda, Bl. 301.

<sup>21</sup> Protokoll Nr. 43 (II) der Sitzung des Zentralsekretariats am 6. Februar 1948. Ebenda, IV 2/2.1/170, Bl. 1.

<sup>22</sup> Ebenda, Bl. 4.

<sup>23</sup> 4. Tagung des Zentralen Hochschulausschusses der SED, 7./8. Februar. 1948. Ebenda, IV 2/904/6, Bl. 460.

<sup>24</sup> Ebenda, Bl. 461.

hohe personelle Diskontinuität gebe und die Parteiorganisationen untereinander, aber auch mit der Deutschen Verwaltung für Volksbildung, den Länderregierungen und den Landesvorständen nur mangelhaft und sporadisch zusammenarbeiteten. Es sei eine Gesamtkonzentration der Hochschulpolitik vonnöten, „gewissermaßen eine Wendung in der Hochschulpolitik“.<sup>25</sup> Anton Ackermann gab seiner Meinung Ausdruck, mehr Zentralismus könne nicht schaden, warnte aber zugleich: Zwar könne eine gute Organisation die Kräfte „bekanntlich“ verdoppeln, aber entscheidend seien die politischen, nicht die organisatorischen Fragen.<sup>26</sup> Als sich am 11. und 12. Februar 1948 der SED-Parteivorstand mit dem Verhältnis von SED und Intelligenz beschäftigte, betonte Paul Wandel, es sei falsch, „die bei uns vorhandenen Fehler und Mängel vor allem im Organisatorischen zu suchen“.<sup>27</sup> Er räumte ein, „daß zwischen unseren Worten und Taten in der alltäglichen Praxis nicht immer eine Einheit besteht“.<sup>28</sup> Dazu führte er ein prägnantes Beispiel an: „Es ist aber unmöglich, die Intelligenz beispielsweise von der großen fördernden Rolle unserer Partei und der Achtung vor der Wissenschaft zu überzeugen, wenn es an der einzigen Landesuniversität eines Landes unmöglich ist, dem Rektor einen Wagen zur Verfügung zu stellen, während unsere Parteiorganisation am Orte vielleicht ein Dutzend Wagen benutzt.“<sup>29</sup> Wandel sah die SED an den Hochschulen Anfang 1948 als isoliert an.

Die nachfolgend an die Parteizentrale in Berlin geschickten Berichte über die Arbeit an den Hochschulen zeigten, daß die SED es vor Ort immer besser verstand, ihre Mitglieder einheitlich zu organisieren, und sie demzufolge geschlossener als Parteigruppe auftraten. Dies wurde auch möglich durch die „Säuberung“ ihrer Reihen. Die Funktionäre hielten fest, nunmehr seien an allen Universitäten sowie in Dresden und Freiberg Gesamtbetriebsgruppen gebildet und somit die Trennung nach Studenten und Dozenten überwunden worden. Ebenfalls konstituierten die Parteimitglieder dort, wo es sinnvoll erschien, Fakultäts- und Zehnergruppen. Gleichwohl konstatierte Busse, daß es an der Basis erhebliche Widerstände gegen die Mitgliederversammlungen gebe und insbesondere die Schulungsabende schwach frequentiert seien. Mittlerweile waren auch die Stellen für die Hochschulreferenten bei den Landesvorständen besetzt. Ebenso arbeiteten nun überall hauptamtliche Betriebsgruppensekretäre, und in Dresden und Leipzig beschäftigten die Kreisvorstände sogar Hochschulreferenten.

Im September 1948 erging an alle Hochschulbetriebsgruppen ein Rundbrief des SED-Zentralsekretariats, in dem die Parteiführung forderte, die Parteiorganisationen an den Hochschulen in „Einheiten einer Partei neuen Typus“ zu entwickeln.<sup>30</sup> Später konkretisierte sie, was dies bedeute: die ideologisch-politische Arbeit zu verstärken; die Parteimitglieder müßten die FDJ- und FDGB-Hochschulgruppen dominieren und neue Parteimitglieder rekrutieren. Ebenso seien die Parteieinheiten organisatorisch zu festigen.<sup>31</sup> Aus den Erfahrungen heraus bildeten sich Parteiaktive, welche Einheiten besonders verlässlicher Parteimitglieder waren. An der Ostberliner Universität tagte das Parteiaktiv erstmals im Februar

---

<sup>25</sup> Ebenda, Bl. 484.

<sup>26</sup> Ebenda, Bl. 527–528.

<sup>27</sup> Stenographische Niederschrift über die 7. (21.) Tagung des Parteivorstandes der SED am 11./12. Februar 1948 im „Zentralhaus der Einheit“. Ebenda, IV 2/1/40, Bl. 77.

<sup>28</sup> Ebenda, Bl. 79.

<sup>29</sup> Ebenda, Bl. 86.

<sup>30</sup> Zentralsekretariat der SED, Abt. Parteischulung, Kultur und Erziehung an alle Hochschulbetriebsgruppen, September 1948. Ebenda, IV 2/904/456, Bl. 75.

<sup>31</sup> O. Verf., Die Arbeit an den Hochschulen, Mai 1949. Ebenda, Bl. 115.

1949.<sup>32</sup> Vor allem nach dem 17. Juni 1953 kam diesen Parteiaktiven in der gesamten DDR eine neue Rolle zu. Walter Ulbricht verkündete auf der 16. Tagung des ZK der SED im September 1953: „Wir sind der Ansicht, daß wir uns in nächster Zeit in der innerparteilichen Arbeit darauf konzentrieren müssen, um die Parteileitungen 150.000 bis 200.000 Parteiaktivisten zusammenzuschließen.“<sup>33</sup> Es ging darum, den „Kern der Partei“<sup>34</sup> zusammenzuschweißen. Selbst die SED-Führung glaubte, sich nur auf jedes sechste bis siebente Parteimitglied verlassen zu können. Insofern kann davon ausgegangen werden, daß es sich um den „militanten Kern“ der SED handelte.<sup>35</sup>

Die erste Phase der Konstituierung der Parteiorganisationen an den Universitäten und Hochschulen ging damit ihrem Ende entgegen. Ebenso wie in den zentralen Apparaten war diese Phase von einer Suche nach den geeigneten Strukturen und entsprechendem Personal geprägt. Die SED wirkte bis zum Ende der vierziger Jahre an den Hochschulen hauptsächlich über die Verwaltungen, über die FDJ, in der etwa 30 Prozent der Studierenden organisiert waren,<sup>36</sup> und den FDGB<sup>37</sup> sowie – allerdings bis 1948/49 eingeschränkt – über die Studentenräte, aber weniger über die eigentliche Parteiorganisation, die Betriebsgruppe. Insbesondere die Diskrepanz zwischen eingeschriebenen Mitgliedern und aktiven Mitgliedern gab immer wieder Anlaß zur Diskussion innerhalb der Partei.<sup>38</sup>

Der III. SED-Parteitag im Juli 1950, der den ersten Fünfjahrplan verabschiedete und weitreichende Aufgaben bei der Heranbildung der neuen Intelligenz und deren Bereitstellung für die Wirtschaft stellte, verlangte eine stärkere Orientierung auf die Hochschulpolitik. Dieser Parteitag setzte die zweite Hochschulreform in Gang. Die Delegierten des Parteitages beschlossen eine neue Parteistruktur und ein neues Parteistatut. Die wichtigste Neuerung bestand darin, daß die Partei ein Zentralkomitee bildete und einen Generalsekretär berief. Noch vor dem Parteitag hatte die SED-Führung beschlossen: „Die Abteilung Kultur und Erziehung beim Parteivorstand erhält das Recht, direkte Anweisungen an die Betriebsgruppen der Universitäten und Hochschulen zu erteilen bei gleichzeitiger Übersen-

---

<sup>32</sup> Arbeitsbericht der Uni-Leitung für die Monate November – Dezember 1948, Januar 1949. Ebenda, IV 2/904/457, Bl. 72.

<sup>33</sup> Ulbricht, Walter: Der Weg zu Frieden, Einheit und Wohlstand. Referat auf der 16. Tagung des ZK der SED am 17.9.1953. Berlin 1953, S. 89. Vgl. auch: Stellungnahme des Politbüros zum Leitartikel des ND „Über die Bedeutung des Parteiaktiven“ vom 19.9.1953, 22. September 1953, in: Dokumente der SED. Bd. 4, Berlin 1954, S. 508–510.

<sup>34</sup> LOPM, Vorlage an das Polit-Büro des ZK, Betr.: Beschluss des Politbüros „Über die rasche Verbesserung der Arbeit der Parteiaktiven“, 23. November 1953. SAPMO B-Arch, DY 30, IV 2/5/3, Bl. 235.

<sup>35</sup> Fricke, Karl Wilhelm: Der Arbeiteraufstand. Vorgeschichte, Verlauf, Folgen, in: Spittmann, Ilse; Karl Wilhelm Fricke (Hrsg.): Der 17. Juni 1953. Arbeiteraufstand in der DDR. 2. erw. Aufl., Köln 1988, S. 19.

<sup>36</sup> Vgl. zur FDJ knapp: Mählert, Ulrich: Die Freie Deutsche Jugend 1945–1949. Von den „Antifaschistischen Jugendausschüssen“ zur SED-Massenorganisation: Die Erfassung der Jugend in der Sowjetischen Besatzungszone. Paderborn, München, Wien, Zürich 1995, S. 336–340.

<sup>37</sup> In den vierziger Jahren waren etwa 45 Prozent der Studierenden in der Einheitsgewerkschaft Mitglied; 1952 waren es etwa 80 Prozent der Studenten und 60 Prozent der Wissenschaftler (FDGB-Bundesvorstand, Organisationsplan zur Gründung der Gewerkschaft Hochschulen und wissenschaftliche Einrichtungen, 21. April 1952. SAPMO B-Arch, DY 30, IV 2/904/698, Bl. 107). Im Herbst 1956 ist die Gewerkschaftsarbeit unter den Studenten eingestellt worden; deren eventuelle Mitgliedschaft ruhte während der Zeit des Studiums.

<sup>38</sup> Zu den SED-Mitgliedszahlen an den Hochschulen vgl. detailliert: Kowalczuk, Ilko-Sascha: Geist im Dienste der Macht (im Erscheinen).

derung der Abschriften an die Landes- und Kreisvorstände.“<sup>39</sup> Damit waren die Beschlüsse aus dem Jahre 1947/48 ansatzweise aufgehoben. Im Zuge der allgemeinen Zentralisierung und Umgestaltung des Hochschulwesens verfügte die Parteiführung die direkte Unterstellung der SED-Betriebsgruppen an den Universitäten unter das ZK.<sup>40</sup> Dieses neue Unterstellungsverhältnis sowie die verstärkte Konzentration der SED auf die Umgestaltung des Hochschulwesens war am 9. Dezember 1950 Gegenstand einer programmatischen Tagung der SED-Führung mit den Parteifunktionären von allen Universitäten und Hochschulen der DDR. Ernst Hoffmann, als zuständiger ZK-Funktionär, erläuterte die Veränderungen: „Es hat sich herausgestellt, daß wir nur dann eine richtige und wirkliche Hochschul-Politik und -Praxis durchführen können, wenn sie zentral geleitet wird, wenn es also aufhört, daß die Hochschul-Parteioorganisationen selbständige Hochschulpolitik machen, selbständig Beschlüsse fassen usw. Ebenso muß aufhören, daß die Landes- und Kreisleitungen selbständig Hochschulpolitik betreiben.“<sup>41</sup> Um dies gewährleisten zu können, erfolgte nicht nur eine einheitliche und strikte Unterstellung der Parteioorganisationen unter das ZK, sondern zugleich sollten Parteioorganisatoren des ZK eingesetzt werden,<sup>42</sup> die als hauptamtliche Parteifunktionäre an den Universitäten und Hochschulen wirkten. Das war insofern ein Verstoß gegen das Statut, als dort ein solcher ZK-Parteioorganisator nicht vorgesehen war. Erst 1976 verankerte die SED diese Funktion im Statut. (Nach dem 17. Juni 1953 entsandte die Parteiführung in 82 Schwerpunktbetriebe ebenfalls ZK-Parteioorganisatoren.) Dieser frühe Einsatz an den Hochschulen verweist auf den Willen der SED-Führung, Hochschulpolitik als zentrale und eminente Aufgabe anzugehen. Zugleich dokumentiert dieses Vorgehen ihre kritische Einschätzung des ideologischen Zustands an den Universitäten. Sie traute den Parteioorganisationen die Bewältigung allein nicht zu und hoffte nun, „von oben“ eingreifen zu können. Die Berichte aus den einzelnen Hochschulen belegen, daß die SED-Gruppen an den Hochschulen oftmals „Inseln“ darstellten.<sup>43</sup> Ein Funktionär meinte: „Der Arm der Partei reicht bis zu den Universitäten, aber nicht weiter.“<sup>44</sup> Um dies zu verändern, wurden neben den Parteioorganisatoren zudem an einigen Einrichtungen (Universitäten Berlin, Leipzig, Halle, Jena, Rostock, TH Dresden, Hochschule für Ökonomie /Karlshorst (HfÖ), Verwaltungsakademie) hauptberufliche politische Mitarbeiter sowie an acht Arbeiter-und-Bauern-Fakultäten hauptberufliche Parteisekretäre eingesetzt.<sup>45</sup> Neben den organisatorischen Fragen, die für die weitere Entwicklung durchaus von ausschlaggebender Bedeutung sein sollten, weil dadurch die SED buchstäblich eine eigene Verwaltung an den Hochschulen aufbaute und zugleich die einzige Struktureinheit an den Hochschulen war, die über einen direkten Kontakt zum Zentrum der Macht verfügte, veränderte sich auch die Aufgabenstellung der SED an den Hochschulen.

<sup>39</sup> Protokoll Nr. 91 der Sitzung des Sekretariats am 10. März 1950. SAPMO B-Arch, DY 30, I IV 2/3/91, Bl. 3.

<sup>40</sup> O. Verf. (SfH), Die nächsten Aufgaben auf dem Gebiet des Hochschulwesens, 18. November 1950. BAP, R 2, 1895, Bl. 1.

<sup>41</sup> Stenografische Niederschrift der Tagung der Sekretäre der Hochschul-Parteioorganisationen im Zentralkomitee der SED, Abt. Propaganda, 9. Dezember 1950. SAPMO B-Arch, DY 30, IV 2/101/144, Bl. 59.

<sup>42</sup> Formal ist der Beschluß erst im November 1951 gefaßt worden, aber zu diesem Zeitpunkt arbeiteten bereits mindestens zehn Parteioorganisatoren (Protokoll Nr. 121 der Sitzung des Sekretariats des ZK der SED am 26. November 1951. Ebenda, I IV 2/3/250, Bl. 21).

<sup>43</sup> Stenographische Niederschrift der Tagung der Sekretäre der Hochschul-Parteioorganisationen im Zentralkomitee der SED, Abt. Propaganda, 9. Dezember 1950. Ebenda, IV 2/101/144, Bl. 61.

<sup>44</sup> Ebenda, Bl. 64.

<sup>45</sup> Protokoll Nr. 121 der Sitzung des Sekretariats des ZK der SED am 26. November 1951. Ebenda, I IV 2/3/250, Bl. 21–22.

Ernst Hoffmann führte auf der erwähnten Tagung im Dezember 1950 aus, die Parteiorganisationen bildeten „die Grundkraft für die Verwirklichung, für die Unterstützung der Verwirklichung des neuen Hochschulprogramms“.<sup>46</sup> Allerdings hieße dies nicht, „daß die Parteiorganisationen an den Hochschulen gewissermaßen die Funktion der Verwaltungen zu übernehmen hätten. Das ist deshalb wichtig festzustellen, weil es solche Tendenzen fast überall gibt. [...] Hochschulen sind nicht Organisationen der Partei, sondern Organisationen unseres neuen Staates. Wenn sich in der Vergangenheit solche Tendenzen herausgebildet haben, so wissen wir auch die Ursachen dafür. Eine der Hauptursachen war das Versagen der Hochschulverwaltungen selbst. [...] Wir können nicht gegen unseren eigenen Staat kämpfen. Wo soll das hinführen! Wir können auch nicht eine Doppelherrschaft einführen auf der Hochschule.“<sup>47</sup> Hoffmann warnte vor nichts weniger als vor jenem Zustand, der sich infolge der zweiten Hochschulreform und der Reorganisierung der SED-Parteiarbeit an den Hochschulen durchsetzte. Denn erst die zweite Hochschulreform, zu deren integralem Bestandteil, wenn auch bislang kaum beachtet, die Einsetzung von ZK-Parteiorganisatoren zählte, führte an den Universitäten und Hochschulen zu einer Doppelherrschaft von Partei und Staat, wobei hier nicht zwei gleichrangige Partner agierten. Die Partei war nun nicht mehr nur theoretisch das Machtzentrum im neuen Staat, sondern ebenso an den Universitäten und Hochschulen. Hinzu kam der bereits mehrmals erwähnte Umstand, daß die SED-Mitglieder im Staats- und Verwaltungsapparat zuerst und vor allem den Parteibeschlüssen verpflichtet waren.

Ernst Hoffmann hat die SED-Organisationen zunächst als jene Elemente definiert, denen die „Kontrolle der Durchführung der Beschlüsse“ oblag, wodurch die SED-Betriebsgruppen praktisch in die Rolle des Exekutors der Partei- und Ministerratsbeschlüsse an den Hochschule gerieten. In der EntschlieÙung des ZK vom 19. Januar 1951 über die „nächsten Aufgaben in den Universitäten und Hochschulen“ hieß es dementsprechend: „Die Parteieinheiten an den Universitäten und Hochschulen haben die disziplinierte Durchführung der Beschlüsse der Partei und der Anweisungen unserer Regierung durch alle Organe und Angehörigen der Universitäten und Hochschulen zu gewährleisten und die Maßnahmen der Verwaltung in der Praxis zu überprüfen.“<sup>48</sup>

Als ein wichtiges Hemmnis bei der „Durchführung der Beschlüsse“ stellte die SED-Führung in ihrer Analyse heraus, daß die örtlichen Parteileitungen nicht den neuen Erfordernissen entsprächen. Deshalb beschloß sie am 10. September 1951, daß an allen Universitäten im Oktober und November Neuwahlen stattfinden sollten.<sup>49</sup> Parteiwahlen fanden bis 1959 jedes Jahr statt, danach nur noch alle zwei Jahre.<sup>50</sup> Damit hingen erneute organisatorische Veränderungen zusammen. Aus der Vielzahl der je nach Größe der Hochschule sich ergebenden Richtlinien war die wichtigste, daß alle Parteimitglieder und Kandidaten die Parteiorganisation der Universität und Hochschule bildeten, die sich wiederum nach Fakultäten, Abteilungen, Instituten und Studienjahren bzw. Seminargruppen untergliederte. Wenn mehr als 200 Parteimitglieder an einer Hochschule existierten, bildeten sich unterhalb der Parteiorganisation Grundorganisationen und innerhalb dieser Parteigruppen;

---

<sup>46</sup> Stenographische Niederschrift der Tagung der Sekretäre der Hochschul-Parteiorganisationen im Zentralkomitee der SED, Abt. Propaganda, 9. Dezember 1950. Ebenda, IV 2/101/144, Bl. 15.

<sup>47</sup> Ebenda, Bl. 15–16.

<sup>48</sup> Die nächsten Aufgaben in den Universitäten und Hochschulen. EntschlieÙung des Zentralkomitees vom 19. Januar 1951 (4. Tagung), in: Dokumente der SED. Bd. 3, Berlin 1952, S. 362.

<sup>49</sup> Protokoll Nr. 102 der Sitzung des Sekretariats des ZK der SED am 10. September 1951. SAPMO B-Arch, DY 30, I IV 2/3/231.

<sup>50</sup> ZK-Abt. Wissenschaft, Parteiwahlen an den Universitäten und Hochschulen, 2. Januar 1959. Ebenda, IV 2/904/22, Bl. 1.

bei weniger als 200 Mitgliedern gab es nur Parteigruppen. An der Universität Leipzig ergab sich daraus beispielsweise 1956 folgende zahlenmäßige Struktur: 36 Grundorganisationen (Medizin allein 13) sowie 254 Parteigruppen.<sup>51</sup> Die Studenten waren organisatorisch wieder von den Lehrenden getrennt. „Nur die Genossen Studenten des letzten Studienjahres können in den entsprechenden Institutsorganisationen miteinbezogen werden.“<sup>52</sup> Die ZK-Parteiorganisatoren, die bereits an den sechs Universitäten, an der TH Dresden, der Bergakademie Freiberg, der Deutschen Verwaltungsakademie „Walter Ulbricht“ sowie der Deutschen Hochschule für Kunst (DHfK) tätig waren,<sup>53</sup> „müssen als Kandidaten für die neue Parteileitung der Universität bzw. Hochschule zur Wahl gestellt werden. Die Kandidatenvorschläge für den Sekretär der Parteioorganisationen dieser Universitäten bzw. Hochschulen müssen rechtzeitig dem Sekretariat des ZK zur Bestätigung vorgelegt werden.“<sup>54</sup> Neu war ebenso, daß die Parteileitungen mindestens zu einem Drittel aus Lehrenden bestehen sollten. Um dies umzusetzen, schickte die SED-Führung ZK-Instrukteurgruppen an alle Hochschulen und Universitäten, ein wichtiges Mittel, um die „Kontrolle der Durchführung der Beschlüsse“ zu gewährleisten. An den Hochschulen zeigte sich, daß die örtlichen SED-Einheiten bereits viel weitergehende Kompetenzen an sich gezogen hatten. So verhandelten sie etwa in Berufungsfragen und Verwaltungsangelegenheiten, Studienfragen und Strukturangelegenheiten mit, was der SED-Zentrale mißfiel und bei ihr aus taktischen Gründen auf heftige Kritik stieß. Es würde aber den Tatsachen widersprechen, diese Kritik als Anzeichen zu werten, die SED-Führung wollte dem Sekretariat für Hochschulfragen (SfH) oder den universitären Verwaltungen die Entscheidungskompetenzen überlassen. Fred Oelßner sagte im März 1952: „Natürlich ist es nicht Sache der Parteioorganisation in irgendeinem Ministerium oder Staatssekretariat, etwa die Politik des Ministeriums oder des Staatssekretariats anzuleiten. Soweit das auf der Parteilinie geschieht, ist das bekanntlich Sache des Sekretariats des Zentralkomitees.“<sup>55</sup>

Gerade die II. Parteikonferenz der SED stellte entgegen allen Beteuerungen die Organisationsarbeit in den Mittelpunkt der Parteiarbeit. Im Prinzip ging es darum, „Erfolge zu organisieren“, „Gegner wegzuorganisieren“ und das „richtige Bewußtsein herbeizuorganisieren“. Diese prinzipielle Einstellung zur Bedeutung der Organisationsarbeit hing damit zusammen, daß den Funktionären immer mehr bewußt wurde, daß ideologische Überzeugungsarbeit allein ihre Politik nicht auf eine mehrheitsfähige Basis stellte, daß Terror gegen die Bevölkerung nur bedingt weiterhalf und daß weite Teile der Bevölkerung gegenüber der kommunistischen Ideologie resistent blieben.

Die Organisationsfrage trat nicht nur nach der II. Parteikonferenz, sondern ebenso nach dem 17. Juni 1953 verstärkt in den Vordergrund. Gerade die Volkserhebung offenbarte den Parteifunktionären an den Universitäten und Hochschulen den unbefriedigenden Parteizustand. Vielerorts kam es zu „kapitulantenhaftem Verhalten“, „kleinbürgerlichen Schwankungen“ und Parteiaustritten. Kurt Hager konnte auf einer Hochschulkonferenz kaum mehr als altbekannte Losungen ausgeben. Angesichts der Vorfälle müsse erzogen,

---

<sup>51</sup> Ebenda, IV 2/904/339, Bl. 263.

<sup>52</sup> Plan und Richtlinien für die Wahl der Parteileitungen an den Universitäten und Hochschulen. Ebenda, IV 2/904/698, Bl. 52.

<sup>53</sup> Hinzu kam noch die Hochschule für Ökonomie (HfÖ), die Hochschule für Architektur Weimar (DAW) (Protokoll Nr. 121 der Sitzung des Sekretariats des ZK der SED am 26. November 1951. Ebenda, I IV 2/3/250, Bl. 21).

<sup>54</sup> Plan und Richtlinien für die Wahl der Parteileitungen an den Universitäten und Hochschulen. Ebenda, IV 2/904/698, Bl. 59.

<sup>55</sup> Stenographische Niederschrift der Beratung der Abteilung Propaganda des ZK der SED mit Genossen Professoren, 22./23. März 1952. Ebenda, IV 2/101/187, Bl. 51.

auseinandergesetzt, gehoben, angeknüpft und verjagt werden. In Zukunft müsse sich jedes Parteimitglied fragen lassen, was es am 17. Juni für eine Haltung an den Tag gelegt habe. Hauptaufgabe sei es, „um die Parteileitung ein festes Parteiaktiv zusammenzuschließen und mit diesem Parteiaktiv eine systematische Arbeit [zu] organisieren“.<sup>56</sup> Eminent wichtig sei es, die Neuwahlen der Parteileitungen 1954 zu nutzen, um all jene Kräfte zu verdrängen, die nicht hundertprozentig der Parteiführung ergeben seien. Und tatsächlich drehte sich neuerlich innerhalb der Partei das Funktionärskarussell. An den Hochschulen reagierte die SED-Führung zudem mit erneuten Struktur- und Organisationsveränderungen. Die Volkserhebung vom Juni 1953 und die schwankende Haltung vieler SED-Mitglieder lag ihrer Ansicht nach auch in einer nichtausgereiften Parteistruktur begründet. Deshalb bildete sie 1954 in den Bezirksleitungen (außer Neubrandenburg und Schwerin) Sektoren für Schulen, wobei ein Instrukteur für Universitäten und Hochschulen zuständig war. An den sechs Universitäten und der TH Dresden wurden hauptamtliche Sekretariate eingerichtet, die aus einem 1., 2. und 3. Sekretär,<sup>57</sup> einem Sekretär der ABF und je einem Parteivertreter des Senats, der BGL und der FDJ-Leitung bestanden. Der 1. Sekretär war für die Gesamtleitung verantwortlich, während der 2. Sekretär für Organisationsarbeit und Kaderfragen und der 3. Sekretär für Agitation und Propaganda zuständig zeichneten. Hinzu kamen an den Universitäten Berlin, Leipzig, Halle sowie an der TH Dresden drei Instrukteure für Gesellschaftswissenschaften, Naturwissenschaften und Medizin, in Jena und Rostock zwei Instrukteure für Gesellschaftswissenschaften und Naturwissenschaften und in Greifswald ein Instrukteur für Naturwissenschaften. Die Parteileitungen umfaßten nun bis zu 25 Leitungsmitglieder. Außerdem erhielt die Parteiorganisation der Humboldt-Universität zu Berlin den Charakter einer Kreisleitung und die der Universitäten Leipzig und Halle sowie der TH Dresden den Charakter einer Stadtbezirksleitung. Dadurch konnten sie zum Beispiel selbständig Mitglieder und Kandidaten aufnehmen und Parteistrafen verhängen. Organisatorisch unterstanden die Parteiorganisationen fortan wiederum allein den Bezirksleitungen, wobei das ZK die politische Weisungsbefugnis behielt und über alle Vorgänge informiert werden mußte. Die entscheidende Neuerung war jedoch, daß die SED nach dem 17. Juni 1953 offensiv die „führende Rolle“ an den Hochschulen und in allen Verwaltungsfragen und universitätsinternen Angelegenheiten für sich reklamierte. Diese Rolle anerkannten innerhalb der Hochschulen die Parteilosen immer mehr, d. h., das eigentliche Macht- und Entscheidungszentrum sahen auch die Parteilosen in der SED-Parteiorganisation. In den Senaten, den Räten und anderen Universitätsgremien bildeten sich besondere Parteigruppen, um die Parteimitglieder auf einen einheitlichen Kurs festzulegen. So führte zwar beispielsweise der Rektor den Vorsitz im Senat, aber wenn er der SED angehörte, unterlag er den Weisungen der Senatsparteigruppe und des Parteigruppensekretärs. Die Doppelherrschaft war gewährleistet. Gleichwohl gab es an den einzelnen Universitäten Einrichtungen, an denen die SED aufgrund fehlender oder weniger Parteimitglieder in Fakultäts- und Institutsräten nur über einen geringen Einfluß verfügte. An den Spezialhochschulen war dieser direkte Einfluß dagegen aufgrund der zielgerichteten Personalpolitik in aller Regel von Anfang an gegeben. Um ihn an allen Hochschulen zu gewährleisten, wurde 1954 beschlossen, „daß die Parteisekretäre der Grundorganisationen und der 1. Sekretär der Universitätsparteiorganisation an den Sitzungen der Fakultätsräte bzw. des Senats ständig teilnehmen“.<sup>58</sup> Dies erfolgte zuweilen gegen den Widerstand ein-

<sup>56</sup> Protokoll der Hochschulkonferenz der Abteilung Wissenschaft und Hochschulen beim ZK der SED am 31. Oktober/1. November 1953 in Leipzig. Ebenda, IV 2/904/8, Bl. 67.

<sup>57</sup> Der 2. und 3. Sekretär hieß ab Ende 1955 Stellvertretender Sekretär für ... .

<sup>58</sup> Direktive des Sekretariats des ZK über die Arbeit der Parteiorganisationen an den Universitäten und Hochschulen, o. D. (1954). Ebenda, IV 2/904/18, Bl. 38.

zelter Professoren. Außerdem brauchten die Parteimitglieder aus dem ersten bis dritten Studienjahr nicht mehr am Parteilehrjahr teilzunehmen, weil sie ihre Schulung im gesellschaftswissenschaftlichen Grundstudium erhielten. Hinzu kam, daß die Leitungen erneut vergrößert wurden, die Erziehungsarbeit „verstärkt“, jährlich eine Gesamtmitgliederversammlung an den Hochschulen und Universitäten stattfinden und das Informations- und Berichtswesen ausgebaut und verfeinert werden sollte. An der Humboldt-Universität zu Berlin existierte beispielsweise folgendes zentrale wöchentliche Berichtswesen: Die Sekretariatsmitglieder schrieben je einen Informationsbericht für den 1. Sekretär, der schrieb daraus einen Wochenbericht; die UPL-Mitglieder verfaßten je einen Bericht an die Sekretariatsmitglieder; die FDJ-, UGL-, und GST-Hochschulleitungen schrieben je einen Bericht für die UPL, außerdem verfaßten wöchentliche Berichte für die UPL: die DSF, der Friedensrat, der Kulturbund, die Hochschulsportgemeinschaft, die Agitatoren jeder Grundorganisation, das Institut für Gesellschaftswissenschaften sowie die Prorektoren.<sup>59</sup>

Wie schon 1953 diente auch die Krise von 1956 als Anlaß, um erneut strukturelle und organisatorische Veränderungen in den Parteiorganisationen herbeizuführen. Aus einem Beschluß des Politbüros vom 2. Mai 1956 geht hervor, daß noch immer nicht an allen Hochschulen Parteiaktive gebildet worden waren.<sup>60</sup> Dies sollte nun unverzüglich geschehen. Die wichtigste Neuerung jedoch beschloß das SED-Politbüro am 23. Mai 1956. Denn entgegen der bisher geltenden Struktur wurden die SED-Grundorganisationen der Institute für Gesellschaftswissenschaften aufgelöst. Die aus diesen bislang wichtigsten Grundorganisationen stammenden SED-Mitglieder wurden nun statt dessen den Fakultäten oder Fachrichtungen zugeordnet, „in denen sie den Hauptteil ihrer Vorlesungen halten“<sup>61</sup>. Die Dozenten für Gesellschaftswissenschaften sollten enger an die spezifischen Fachprobleme herangeführt werden. Aber ebenso, und dies war ausschlaggebend, verstärkte sich dadurch die politisch-ideologische Führung durch die SED an den Fakultäten.<sup>62</sup> Die SED-Führung hoffte, nun auch in jenen Einrichtungen ihre „führende Rolle“ ausspielen zu können, in denen dies bislang aufgrund fehlender Kräfte nicht möglich gewesen war. Zudem legte der Beschluß fest, daß die Lehrenden für Gesellschaftswissenschaften keine Sekretärsposten übernehmen dürften, weil sie über eine einzelne Fakultät hinaus wirken sollten. Außerdem war vorgesehen, die Gesellschaftswissenschaftler regelmäßig zu gesonderten Parteiberatungen am Institut für Gesellschaftswissenschaften zusammentreffen zu lassen. Auf dem Höhepunkt der politischen Krise im Hochschulwesen 1956, im Oktober und November, intensivierte die SED abermals das Berichtswesen. Nun wurden statt der wöchentlichen täglichen Berichte angefordert, so daß ein permanenter Kontakt zwischen ZK-Apparat, Bezirksleitungen, Universitätsparteileitungen, dem SfH, dem MfS und einem eigens gebildeten Operativstab bei der ZK-Abteilung Wissenschaft und Propaganda bestand.<sup>63</sup>

---

<sup>59</sup> Beschluß für ein System der politischen Information an der Humboldt-Universität, 25. Oktober 1955. Ebenda, IV 2/904/489.

<sup>60</sup> Protokoll Nr. 20/56 der Sitzung des Politbüros am 2. Mai 1956. Ebenda, I IV 2/2/474, Bl. 3.

<sup>61</sup> Protokoll Nr. 16/56 der Sitzung des Politbüros am 23. Mai 1956. Ebenda, I IV 2/3/514, Bl. 3–4.

<sup>62</sup> ZK-Abt. Wissenschaft, Reorganisierung der Grundorganisationen der Partei an den Instituten für Gesellschaftswissenschaften der Universitäten und Hochschulen, 18. Mai 1956. Ebenda, IV 2/904/19, Bl. 83.

<sup>63</sup> ZK-Abt. Wissenschaft und Propaganda, o. T., 23. Oktober 1956. Ebenda, IV 2/904/433, Bl. 1–2. Das Dokument ist abgedruckt in: Kowalczyk, Ilko-Sascha: Die Niederschlagung der Opposition an der Veterinärmedizinischen Fakultät der Humboldt-Universität zu Berlin in der Krise 1956/57. Dokumentation einer Pressekonferenz des Ministeriums für Staatssicherheit im Mai 1957. 2. Aufl., Berlin 2000, S. 36.

Die Krise von 1956/57 stellte die SED vor das Problem, einen seit Jahren „als stetig sich verbessernden“ Zustand kritisch hinterfragen zu müssen. Eine Folge davon war, daß die Funktionäre erneut überlegten, die Parteiorganisationen und parteiorganisatorisch die gesamten Universitäten und Hochschulen einzelnen ZK-Abteilungen zu unterstellen.<sup>64</sup> Da aus der Krise der Schluß gezogen worden war, daß aus den alten Hochschulen nun auch öffentlich apostrophiert sozialistische werden mußten, fiel den Parteiorganisationen die Aufgabe zu, als Motor in diesem Prozeß zu agieren. Wie kompliziert das war, zeigte sich allein anhand der in vielen Berichten immer wieder gebetsmühlenartig wiederholten Formel: „Im Kampf um die Schaffung sozialistischer Fakultäten sind wir über die ersten Ansätze noch nicht hinausgekommen [...]“<sup>65</sup> Aus parteiorganisatorischer Perspektive sah die SED einen Grund sowohl dafür als auch für die Krisenerscheinungen und politischen Auseinandersetzungen an den Universitäten darin, daß die Grundorganisationen im Gegensatz zu den Universitätsparteileitungen die Politik an den Fakultäten nicht positiv zu beeinflussen und die FDJ-Leitungen nicht genügend anzuleiten vermochten.<sup>66</sup> Außerdem sei die Parteigruppenarbeit zu schwach entwickelt. Dafür machten die Funktionäre fehlendes Bewußtsein verantwortlich. Die Funktionäre gingen immer mehr dazu über, die Verantwortung für die Mängel der Parteiarbeit den ausführenden Organisationseinheiten und ehrenamtlichen Funktionären zuzuschieben. Zugleich versuchten sie, diese Schwachstellen durch Schulung, verstärkt auch von Parteilos, und „Bewußtseinsbildung“ zu beheben. Über Phrasen kam die SED-Führung dabei nicht hinaus. Die ritualisierte Selbstbeweihräucherung und Selbstüberhöhung war den herrschenden Kommunisten inhärent. Nur hob sich der Bewußtseinsstand nicht durch die formelartige Wiederholung der Charakteristika eines Kommunisten. Vielmehr blieb die Kluft zwischen Anspruch und Realität, zwischen Parteileitungen und Parteibasis – zumindest an den Hochschulen – bis zum Mauerbau bestehen. Die SED als Parteiorganisation hatte zwar seit Mitte der fünfziger Jahre die Macht an den Hochschulen formell und organisatorisch erringen können, aber die Führung konnte sich nur auf einen Teil ihrer Mitglieder stützen. Insgesamt dürfte für die Zeit nach dem 17. Juni 1953 gelten, daß sich die Parteiorganisationen kaum auf mehr als fünfzig Prozent ihrer Mitglieder wirklich verlassen konnten. In vielen Fällen lag dieser Prozentsatz noch weit darunter. Allerdings stieg gerade an den Hochschulen dieser Anteil nach 1958, nach der III. Hochschulkonferenz, an und entwickelte sich nach dem Mauerbau so weit, daß sich die Parteiorganisationen an den Universitäten und Hochschulen neben jenen in den Parteiapparaten selbst, den Militär- und Sicherheitsapparaten sowie in der Volksbildung und dem Justizbereich zu den verlässlichsten Stützen des SED-Systems entwickelten.

Erich Honecker unterstrich auf der 35. Tagung des ZK der SED im Februar 1958, daß die Hochschulen und Universitäten allein der Arbeiter- und Bauern-Macht zu dienen hätten.<sup>67</sup> Die SED-Führung organisierte die III. Hochschulkonferenz, um die Professoren und Studenten ideologisch auf die neuen Aufgaben vorzubereiten. Nach der Hochschulkonferenz verschärfte sich das politische Klima an den Hochschulen. Von allen Hochschullehrern

---

<sup>64</sup> ZK-Abt. Wissenschaft, Verantwortlichkeit der Abteilungen des ZK für die Hoch- und Fachschulen, 7. Februar 1957. SAPMO B-Arch, DY 30, IV 2/904/20, Bl. 25–28.

<sup>65</sup> Bericht der Parteileitung der SED der E.-M.-Arndt-Universität Greifswald, o. D. (Juli 1957). Ebenda, IV 2/904/521, Bl. 102.

<sup>66</sup> ZK-Abt. Wissenschaft, Erste Zusammenfassung der Analyse der Berichte der Hochschulparteileitungen über die Arbeit im Frühjahrssemester 1956/57, 22. Juli 1957. Ebenda, IV 2/904/56, Bl. 194–195.

<sup>67</sup> Überarbeitetes Protokoll des 35. Plenums des ZK der SED vom 3. bis 6. Februar 1958. Ebenda, IV 2/1/195, Bl. 6r.

erwartete die SED nun einen Unterrichtsaufbau auf der Grundlage der offiziellen Staatslehre und eine positive Artikulation über die DDR und die SED. Das ist in dem Zusammenhang interessant, weil durch die damit einhergehenden Repressionen und Verfolgungen die SED-Parteiorganisationen erheblich an innerer (Zwangs-)Geschlossenheit gewannen und innerhalb der Universitäten die Gegner der SED sich immer weniger äußerten. Die von den Funktionären nach der III. Hochschulkonferenz in den Vordergrund gerückten „Erfolge“ der Parteiorganisationen basierten ganz wesentlich auf Druck, Repression und Verfolgung.

Der „Schwung“ der III. Hochschulkonferenz hielt nicht lange an, denn 1959 machten sich erneut Krisenanzeichen in der DDR und damit auch an den Universitäten bemerkbar. Diese Krise kulminierte im Mauerbau vom 13. August 1961. Anzeichen für Krisensituationen an den Universitäten und Hochschulen äußerten sich innerhalb der SED-Parteiorganisationen zumeist dadurch, daß die Funktionäre die Parteiarbeit und den Bewußtseinsstand der Parteimitglieder kritisierten und als nicht den Erfordernissen entsprechend charakterisierten.

Im unmittelbaren Vorfeld des Mauerbaus „mobilisierte“ die Parteiführung die Parteiorganisationen. Anfang August 1961 fand eine Beratung mit SED-Funktionären statt, um zu sichern, „daß [...] seitens der Universitäten und Hochschulen eine maximale Hilfe für die Parteiorganisationen der Kreise, der Betriebe, der Wohnbezirke usw. in der Propaganda- und Agitationsarbeit geleistet wird“. <sup>68</sup> Die spannungsreiche Lage im Sommer 1961 zeigte sich daran, daß etwa an der Humboldt-Universität zu Berlin jedes Parteimitglied im Juli 1961 „einen kontrollierbaren, konkreten Auftrag“ erhielt, <sup>69</sup> um ideologisch überwacht werden zu können. Der hektischen Betriebsamkeit der Parteimitglieder, die nicht im Urlaub weilten, war zu entnehmen, daß eine Maßnahme von erheblichen Auswirkungen geplant sei. Ein Anzeichen dafür war die Mobilisierung aller Parteimitglieder. <sup>70</sup> Außerdem erklärten die ZK-Mitarbeiter die Humboldt-Universität zu Berlin Anfang August 1961 zum Schwerpunktobjekt der ZK-Abteilung Wissenschaften. <sup>71</sup>

Der Mauerbau brachte die Parteiorganisationen an den Universitäten und Hochschulen in eine komplizierte Lage, weil nicht nur viele parteilose Hochschulangehörige den Ereignissen fassungslos gegenüberstanden, sondern ebenso zahlreiche Parteimitglieder Probleme artikulierten, den Mauerbau „richtig“ zu deuten. Es dauerte einige Monate, ehe die SED-Parteiorganisationen die Lage allmählich wieder als beruhigt und „normal“ einschätzen konnten. <sup>72</sup> An der Ostberliner Universität spitzte sich die Lage besonders zu. Zum einen war Berlin am stärksten vom Mauerbau betroffen. Zum anderen aber wohnten viele Hochschulangehörige in West-Berlin. Eine Arbeitsgruppe von Instruktoren schätzte, daß außer dem hauptamtlichen Parteisekretär, Werner Tzschoppe, aus der UPL der Humboldt-Universität zu Berlin nur 6 bis 7 Mitglieder von insgesamt 35 wirklich verlässlich seien. <sup>73</sup>

---

<sup>68</sup> Sektor Hoch- und Fachschulpolitik, Information über Beratung mit den Sekretären der Universitäten und Hochschulen, 11. August 1961. Ebenda, IV 2/904/31, Bl. 226.

<sup>69</sup> Schlußfolgerungen für die Arbeit der Parteiorganisation an der Humboldt-Universität, 26. Juli 1961. Ebenda, IV 2/904/45, Bl. 298.

<sup>70</sup> ZK-Abt. Wissenschaft, Maßnahmeplan zur Mobilisierung der Parteikräfte an den Universitäten und Hochschulen, 1. August 1961. Ebenda, IV 2/904/54, Bl. 337.

<sup>71</sup> Ebenda, Bl. 340–342.

<sup>72</sup> ZK.-Abt. Wissenschaft, Probleme der politisch-ideologischen Arbeit an den Universitäten und Hochschulen, 28. Februar 1962. Ebenda, IV 2/5/317, Bl. 192–200; ZK-Abt. Wissenschaften, Bericht über den Stand der Parteiwahlen an den Universitäten und Hochschulen, 23. März 1962. Ebenda, Bl. 201–205.

<sup>73</sup> Ebenda, Bl. 26.

Auch wenn diese, aus Sicht der SED katastrophale Analyse nur auf die Ostberliner Universität zutraf und die Situation an den Hochschulen in den Bezirken weitaus günstiger ausfiel, ist festzuhalten, die Parteiorganisationen versagten in den Augen der SED-Führung tendenziell immer dann, wenn sie besonders gebraucht wurden.

Die SED legte einen mühsamen Weg vom Aufbau der Betriebsgruppen 1946 zu den Parteiorganisationen im Jahre des Mauerbaus zurück. Auffällig war die personelle Diskontinuität in den Universitätsparteileitungen. Dennoch entwickelten sich die Parteiorganisationen an den Universitäten und Hochschulen im Verlaufe der fünfziger Jahre zu Agenturen der Macht, denen mehr und mehr Entscheidungskompetenzen zufielen. Es existierte spätestens seit den Juni-Ereignissen von 1953 eine Doppelstruktur an den Hochschulen, wobei der Einfluß der SED auch schon zuvor über eine entsprechende Personalpolitik in den Verwaltungen und Staatsbehörden gesichert worden war. Die Parteiorganisationen bildeten das notwendige Strukturelement, um vor Ort die „Kontrolle der Durchführung der Beschlüsse“ zu gewährleisten. Die im Detail widersprüchlichen und partiell sogar gegensätzlichen Entwicklungen stehen dieser Einschätzung nicht entgegen, weil diejenigen Fakultäten und Institute, an denen die SED als Organisation nur unter Mühen oder gar nicht ihre Ansprüche artikulieren konnte, sich stets in einer Minderheitsposition befanden. Die Berichte heben diese „Problembereiche“ beinahe über Gebühr hervor, was damit zusammenhängt, daß in den fünfziger Jahren eine problemorientierte Berichterstattung erfolgte, im Gegensatz zu dem beschönigenden und standardisierten Berichtswesen, wie es sich ab Anfang der sechziger Jahre immer stärker durchsetzte.

Die Bildung der SED-Parteiorganisationen an den Universitäten und Hochschulen läßt sich als nachhaltigster Struktureingriff charakterisieren, der am akzentuiertesten im Gegensatz zur deutschen Universitätstradition stand bzw. mit dieser brach. Die SED-Parteiorganisationen bildeten neuartige sozialistische Fakultäten an den Hochschulen – ohne Lehrbefugnis, ohne Prüfungsbefugnis, ohne bestellte Lehrkräfte, ohne immatrikulierte Studenten, ohne Verleihungsrechte, ohne Institute, dafür aber mit den weitestgehenden Rechten, auf all dies nachhaltig Einfluß zu nehmen und die Geschicke der anderen Fakultäten zu lenken und zu bestimmen. Insofern begründeten die SED-Parteiorganisationen eine neue Struktur an den Universitäten und Hochschulen, die parallel zu Rektorat, Fakultät, Senat usw. eine diese überlagernde Herrschaft ausbildete und nicht unwesentlich dazu beitrug, daß die „Partei neuen Typus“ auch eine „Hochschule neuen Typus“ entwickelte.